

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am Donnerstag, dem 25.11.2014, im Sitzungssaal des Rathauses in Setterich, An der Burg.

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 19.05 Uhr

Anwesend waren:

a) **stimmberechtigt:**

Akkas, Reyhan
Drescher-Grotenrath
für Krüger, Tim
Fritsch, Dieter als Vorsitzender
Hansjosten, Martina
Mohr, Christoph
Reinartz, Henning
Schmittmann, Jörg
Schmitz, Andreas
Seelig, Harold (ab TOP 3 - bis dahin: Beckers, Rolf)
Strank, Dr. Karl Josef
Sürig, Anja

b) **beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 Satz 7 ff. GO NW:**

Sylla, Wolfgang

c) **beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 Satz 11 ff. GO NW:**

Reiprich, Hans-Dieter

d) **sachkundige Einwohner:**

Pfarrer Bruckes, Ferdi
Gürbüz, Gülay
Klein, Gisela

e) **von der Verwaltung:**

Bürgermeister Dr. Linkens
StVR Ohler
StA Engels als Schriftführer

Die Mitglieder des Ausschusses waren durch Einladung vom 13.11.2014 auf Donnerstag, den 25.11.2014, unter Mitteilung der Tagesordnung zu dieser Sitzung einberufen worden.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss mit der Zahl der erschienen Mitglieder beschlussfähig sei.

Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht.

A) Öffentliche Sitzung

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 04.09.2014
2. Entwicklung der weiterführenden Schulen in Baesweiler;
hier: Errichtung eines Teilstandortes der Gesamtschule Übach-Palenberg
3. Schulentwicklungsplan (SEP) der Stadt Baesweiler;
hier: Sachstand
4. Bestellung von Vertretern des Schulträgers Stadt Baesweiler für die Schulkonferenzen der Schulen im Stadtgebiet
5. Mitteilungen der Verwaltung
6. Anfragen von Ausschussmitgliedern

B) Nichtöffentliche Sitzung

7. Besetzung der Stelle der Schulleiterin/des Schulleiters der GGS St. Barbara
8. Mitteilungen der Verwaltung
9. Anfragen von Ausschussmitgliedern

A) Öffentliche Sitzung

Vor dem Einstieg in die Tagesordnung erläuterte der Vorsitzende, dass noch Ausschussmitglieder verpflichtet werden müssten. Insoweit fügte er in der Tagesordnung den Punkt 1a „Verpflichtung von Ausschussmitgliedern“ hinzu. Der bisherige TOP 1 wurde mit der Ziffer 1b versehen.

1a) Einführung von Ausschussmitgliedern

Der Vorsitzende bat, die nicht dem Stadtrat angehörigen Ausschussmitglieder (sachkundige Bürger und Einwohner, beratende Mitglieder) sich von den Plätzen zu erheben. Durch das Erheben von den Plätzen bekundeten die Ausschussmitglieder ihr Einverständnis mit folgender, von dem Ausschussvorsitzenden verlesenen Erklärung:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach besten Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Über die Verpflichtung wurde eine besondere Niederschrift gefertigt, die von dem verpflichteten Ausschussmitglied sowie dem Ausschussvorsitzenden unterzeichnet wurde.

1b. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 04.09.2014

Einstimmig genehmigte der Schulausschuss die Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 04.09.2014.

2. Entwicklung der weiterführenden Schulen in Baesweiler; hier: Errichtung eines Teilstandortes der Gesamtschule Übach-Palenberg

Dr. Linkens erläuterte, dass aus der sehr umfangreichen Vorlage Vieles ersichtlich sei. Der Schulausschuss habe in der letzten Sitzung einen Beschluss herbeigeführt, wonach die Verwaltung den Auftrag erhalten habe, die Verhandlungen zur Errichtung eines Teilstandortes der Gesamtschule Übach-Palenberg in Baesweiler voran zu treiben. Dies sei auf der Seite der Stadt Baesweiler auch geschehen. In Übach-Palenberg habe es zunächst einen Workshop gegeben, bei dem einige Fragen aufgeworfen worden seien. Diese Fragen seien im letzten Termin bei der Bezirksregierung in Köln nochmals diskutiert worden.

Vorgesehen war, so Dr. Linkens, dass an diesem Termin bei der Bezirksregierung neben den Vertretern der Städte Übach-Palenberg und Baesweiler auch der Schulleiter der Gesamtschule Übach-Palenberg teilnehmen sollte. Dies sei auf Grund einer längerfristigen Erkrankung nicht möglich gewesen. Insoweit trage man seitens der Stadt Baesweiler dem Wunsch der Stadt Übach-Palenberg Rechnung, eine endgültige Entscheidung hinsichtlich der Errichtung eines Teilstandortes der Gesamtschule Übach-Palenberg in Baesweiler auf Grund der längerfristigen Erkrankung des Schulleiters zunächst auszusetzen. Dies sei insbesondere aus dem Grunde notwendig, da bei einem positiven Votum auf beiden Seiten erhebliche organisatorische Maßnahmen und Entscheidungen auf die Schulleitung der Gesamtschule Übach-Palenberg zukommen würden. Daher habe man Verständnis dafür, dass die Stadt Übach-Palenberg die Entscheidung verschieben möchte. Dies bedeute allerdings nicht, dass die Stadt Übach-Palenberg die Dependancelösung nicht mehr in Betracht ziehe. Auf Grund dieser besonderen Situation habe man die Bezirksregierung gebeten, die Einrichtung einer weiteren fünften Klasse für das Schuljahr 2015/2016 wohlwollend zu prüfen.

Alternativ habe man bei dem Gespräch mit der Bezirksregierung eine mögliche Errichtung einer eigenständigen Gesamtschule für Baesweiler diskutiert. Dieser Lösungsansatz sei nach Ansicht der Bezirksregierung nur dann möglich, wenn man in Baesweiler die Haupt- und die Realschule zu einer Gesamtschule zusammenführen würde und gleichzeitig – unter dem Aspekt des Rücksichtnahmegebotes – in Übach-Palenberg ein entsprechender Beschluss zur Schließung der dortigen Realschule gefasst würde. Dies sei jedoch nach derzeitigem Kenntnisstand nicht zu erwarten, weshalb die favorisierte Dependancelösung für Baesweiler die einzige

sinnvolle Lösung bliebe. Außerdem bestünde theoretisch die Möglichkeit der Errichtung einer Sekundarschule unter Auflösung der Realschule und der Hauptschule.

Daher habe man in Baesweiler auf Grund der nachvollziehbaren Lage in Übach-Palenberg nur die Möglichkeit das „normale“ Anmeldeverfahren an den drei bestehenden weiterführenden Schulen in Baesweiler durchzuführen. Man werde alles daran setzen, auch für das Schuljahr 2015/2016 an der GHS Goetheschule eine Eingangsklasse einrichten zu können. Auch die Bezirksregierung habe auf Grund der dargelegten und nachvollziehbaren Gründe Entgegenkommen hinsichtlich der Anmeldezahlen an der Hauptschule in Baesweiler signalisiert.

Die Errichtung eines Teilstandortes der Gesamtschule Übach-Palenberg in Baesweiler sei, so Ausschussmitglied Dr. Strank für die SPD-Fraktion, auf Grund der derzeitigen Situation sehr schwierig. Die weitere Entwicklung sei nicht einfach vorherzusagen. Man könne zwar voraussichtlich den Schülern mit einer Empfehlung für die Hauptschule auch im Schuljahr 2015/2016 auf Grund der bestehenden Zusage der Bezirksregierung ein Schulangebot unterbreiten, welches aber keineswegs zukunftsicher sei. Jedoch sei es gerade dieses Schülerklientel, welches einer besonderen Förderung bedürfe. Aus Sicht seiner Fraktion sei die Errichtung eines Teilstandortes der Gesamtschule Übach-Palenberg in Baesweiler lediglich eine Notlösung. Wie lange ein solches Konstrukt dauerhaft Bestand haben könne, sei nicht absehbar. Seine Fraktion plädiere dafür, mögliche Alternativen nunmehr intensiv ins Auge zu fassen. Die SPD-Fraktion favorisiere eine Lösung, die ausschließlich für Baesweiler gelte. Man habe die Befürchtung, dass eine Kooperation nicht harmonisieren könnte. Daher sei man der Meinung, man müsse eine bessere Lösung finden. Aus diesem Grund beantrage die SPD-Fraktion die Änderung des Beschlussvorschlages wie folgt:

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Errichtung eines Teilstandortes der Gesamtschule Übach-Palenberg in Baesweiler und die Alternativen, insbesondere auch die Prüfung, inwieweit eine Sekundarschule in Frage kommt, ins Auge zu fassen.

Für die CDU-Fraktion stellte Ausschussmitglied Mohr fest, dass diese dem Beschlussvorschlag der Verwaltung in der ursprünglichen Form folgen werde. Er dankte dem Bürgermeister Dr. Linkens sowie der Verwaltung für die Fortführung der Gespräche mit der Bezirksregierung. Bezugnehmend auf die Ausführungen des Ausschussmitgliedes Dr. Strank stellte er fest, dass es bei neuen Dingen immer wieder Unwägbarkeiten gebe, deren Lösungen angestrebt werden müssten. Die von Seiten der SPD-Fraktion dargestellten Alternativen seien widersprüchlich. Einerseits stelle er fest, dass bei der Beschränkung der Realschule auf eine Dreizügigkeit diese geschwächt werde, andererseits würde seitens der SPD-Fraktion die Prüfung der Errichtung einer Sekundarschule ins Auge gefasst, was dann eine Abschaffung der Realschule zur Folge hätte.

Die Einrichtung eines Arbeitskreises für weiterführende Schulen in Baesweiler halte er für nicht notwendig, da die Bezirksregierung verlässlich signalisiert habe, die Hauptschule auch für das kommende Schuljahr zu unterstützen. Schließlich sei der Ausschuss der demokratisch legitimierte Arbeitskreis.

Für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen dankte Ausschussmitglied Beckers der Verwaltung, dass sie trotz der seiner Meinung nach absehbaren derzeitigen Situation und der Blockadehaltung der Bezirksregierung Köln bemüht sei, Lösungen für die Schülerinnen und Schüler in Baesweiler zu finden. Andererseits sei bei der Gründung

der Gesamtschule Übach-Palenberg nicht abzusehen gewesen, dass so viele Schülerinnen und Schüler aus Baesweiler die dortige Gesamtschule besuchen würden. Dies alles ändere jedoch nichts an der seit Jahren absehbaren Entwicklung der Schülerzahlen in Baesweiler.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, so Herr Beckers, halte die Dependancelösung der Gesamtschule Übach-Palenberg hier in Baesweiler für nicht nachhaltig und zukunftssicher. Eine Teilstandortlösung, wie derzeit für Baesweiler angedacht, sei mit einem höheren Aufwand verbunden, als bei der Errichtung einer eigenständigen Gesamtschule für Baesweiler. Seine Fraktion sehe als ideale Lösung eine eigenständige Gesamtschule für Baesweiler mit der Überführung der Schülerinnen und Schüler, Klasse für Klasse, von der Realschule und der Hauptschule in eben diese dann zu errichtende Gesamtschule. Als Standort regte er die Realschule in Setterich an. Dies sei dann eine nachhaltige Lösung, auch für den Schulstandort Setterich.

Im Folgenden beschrieb er die räumliche Situation des Schulstandortes in Übach-Palenberg, an dem drei Schulen an einem großen Schulstandort vereint seien. Seine Prognose sei, dass sich dort im Laufe der Zeit lediglich noch die Gesamtschule und das Gymnasium als Schulform halten könne.

Daher sei der Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, bei der Bezirksregierung mit Nachdruck eine eigenständige Gesamtschule für Baesweiler zu fordern.

Zu den Ausführungen des Herrn Dr. Strank und des Herrn Beckers nahm Herr Dr. Linkens im Folgenden Stellung.

Eine Lösung, wie die Stadt Baesweiler sie derzeit anstrebe, nämlich die Errichtung eines Teilstandortes der Gesamtschule Übach-Palenberg in Baesweiler, könne nur auf der Grundlage eines Vertrages geschehen. Hierzu benötige man neben den Vertragspartnern auch die Zustimmung der entsprechenden Aufsichtsbehörde, der man sich aber auf Grund der bisher geführten Gespräche sicher sein könne. Sicherlich sei die in Übach-Palenberg zu überwindende Hürde jedoch etwas höher, da das Kollegium der Gesamtschule Übach-Palenberg zunächst davon überzeugt werden müsse, Unterricht an zwei Standorten durchzuführen. Dies müsse jedoch innerhalb des Kollegiums ausführlich diskutiert werden. Er sei jedoch überzeugt davon, dass eine zufriedenstellende Lösung für alle Seiten gefunden werden könne.

Die Sorge, dass die Realschule bei der Errichtung einer Gesamtschuldependance auf eine Dreizügigkeit reduziert werden müsse, sei nachvollziehbar, jedoch eine Vorgabe der Bezirksregierung Köln. Die Reduzierung auf eine Dreizügigkeit der Realschule müsse erfolgen, da aus Sicht der Bezirksregierung zunächst die Dreizügigkeit der Gesamtschuldependance gesichert werden müsse. Dennoch seien für die Realschule bei Bedarf Ausnahmeregelungen möglich.

Mit Bezug auf die von Herrn Beckers vorgeschlagene Alternative, eine eigenständige Gesamtschule unter Auflösung der Hauptschule und der Realschule am Standort Setterich, teilte er mit, dass diese Alternative ebenfalls mit der Bezirksregierung besprochen worden sei. Auf die Bedenken und das angesprochene Rücksichtnahmegebot habe er schon hingewiesen.

Die Verwaltung glaube mit dem Beschlussvorschlag arbeiten zu können, da man das Gefühl habe, dass zumindest mehrheitlich in beiden Räten die Gesamtschuldependancelösung gewollt sei. Sollte sich jedoch im Frühjahr des Jahres 2015 herausstellen, dass es wider Erwarten unüberwindbare Hindernisse gebe, werde

selbstverständlich eine Schulausschusssitzung einberufen. Er stellte heraus, dass die Bezirksregierung deutlich gemacht habe, dass es in der Entscheidungskompetenz der Räte läge, welche Schule errichtet würde.

Ausschussmitglied Schmitz erklärte, er sei überrascht, da er immer der Meinung gewesen sei, dass die Bemühungen der Verwaltung zur Errichtung einer Gesamtschuldependance der Gesamtschule Übach-Palenberg hier in Baesweiler von allen Fraktionen positiv bewertet worden seien. Ziel müsse sein, eine adäquate Beschulung aller Schülerinnen und Schüler in Baesweiler zu erreichen.

Für die SPD-Fraktion stellte Ausschussmitglied Dr. Strank nochmals klar, dass mit dem Antrag auf Änderung des Beschlussvorschlages nicht der Eindruck entstehen solle, dass die angestrebte Dependancelösung grundsätzlich nicht gewollt sei. Man wolle seitens seiner Fraktion lediglich auf möglicherweise entstehende Probleme bei der Errichtung einer in Rede stehenden Dependance aufmerksam machen. Daher bekräftigte er nochmals den Antrag auf Änderung des Beschlussvorschlages.

Anschließend bezog für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Ausschussmitglied Beckers Stellung und betonte, dass sich bereits in der letzten Sitzung der Vertreter seiner Fraktion, Herr Seelig, kritisch gegenüber dem seitens der Verwaltung eingebrachten Vorschlag zur Errichtung einer Gesamtschuldependance geäußert und sich einem entsprechenden Votum enthalte habe. Darüber hinaus habe auch er in der heutigen Sitzung einen Antrag auf Änderung des Beschlussvorschlages gestellt, der weitergehender sei, als der vorliegende Antrag der SPD-Fraktion, nämlich die Errichtung einer eigenständigen Gesamtschule für Baesweiler einfordere.

Sodann dankte Ausschussmitglied Reiprich der Verwaltung für die bereits durchgeführte intensive Arbeit bezüglich der angestrebten Dependancelösung. Dieser Lösungsansatz wurde seiner Meinung nach überwiegend positiv bewertet. Es sei aus seiner Sicht nicht richtig, nunmehr alles in Frage stellen zu wollen.

Für die CDU-Fraktion teilte Herr Mohr mit, dass es der Wunsch der CDU-Fraktion sei, dass die Dependance eingerichtet werde und somit könne sich die Verwaltung der Unterstützung der CDU-Fraktion sicher sein.

Ausschussmitglied Dr. Strank äußerte, dass es der SPD-Fraktion lediglich um die Findung einer für Baesweiler guten Lösung gehe. Daher sei seine Fraktion der Meinung, dass man sich nicht nur auf eine Sache festlegen solle. Man habe den Vorschlag gemacht, Alternativen zu suchen und diese eingehend zu prüfen. Er bekräftigte nochmals den Antrag auf Änderung des Beschlussvorschlages der SPD-Fraktion und bat diesen zur Abstimmung zu stellen.

Der Ausschussvorsitzende stellte nunmehr zunächst die Änderung des Beschlussvorschlages der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Abstimmung. Der geänderte, zur Abstimmung gestellte Beschlussvorschlag lautete wie folgt:

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, bei der Bezirksregierung Köln eine eigenständige Gesamtschule für Baesweiler durchzusetzen.

Dieser Antrag wurde mit 7 Nein-Stimmen, 1 Ja-Stimme sowie 3 Enthaltungen abgelehnt.

Sodann stellte der Ausschussvorsitzende den Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion zur Abstimmung. Der eingebrachte Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion lautete wie

folgt:

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Errichtung eines Teilstandortes der Gesamtschule Übach-Palenberg in Baesweiler und die Alternativen, insbesondere auch die Prüfung, inwieweit eine Sekundarschule in Frage kommt, ins Auge zu fassen.

Dieser Beschlussvorschlag wurde mit 7 Nein-Stimmen, 3 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Dann stellte der Ausschussvorsitzende den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Schulausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung bei 7 Ja-Stimmen und 4 Gegenstimmen zustimmend zur Kenntnis und bat die Verwaltung, die Errichtung eines Teilstandortes der Gesamtschule Übach-Palenberg in Baesweiler auf der Basis der bisher geführten Gespräche weiter voran zu treiben.

3. Schulentwicklungsplan (SEP) der Stadt Baesweiler;

hier: Sachstand

Mit Beginn der Tagesordnungspunktes 3 übernahm Herr Seelig die Aufgabenwahrnehmung für den Rest der Sitzung von Herrn Beckers für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen.

Bürgermeister Dr. Linkens stellte dar, dass ein Teil des Schulentwicklungsplanes die Entwicklung der weiterführenden Schulen abbilde. Die Verwaltung wolle hier das Gymnasium als unumstritten darstellen. Auch die Realschule solle als weiterer fester Bestandteil der Schullandschaft in Baesweiler dargestellt werden. In welcher Form dies geschehe, müsse vom Ergebnis zu Tagesordnungspunkt 2 abhängig gemacht werden.

Ein weiterer Teil sei die Darstellung der Entwicklung bei den Grundschulen. Hier verfolge man seit Jahrzehnten gemeinsam die gleiche Politik, nämlich die Bemühungen zum Erhalt der Grundschulen in möglichst allen Stadtteilen.

Im Folgenden stellte Dr. Linkens die Rechtslage mit Bezug auf die notwendigen Schülerzahlen zum Erhalt von Grundschulstandorten dar.

In Baesweiler würden die Grundschulstandorte Loverich und Beggendorf nicht mehr als eigenständige Grundschule geführt. In Loverich habe man derzeit keine Probleme die notwendige Schülerzahl von 46 Schülerinnen und Schüler zu erreichen. Anders sei dies am Grundschulstandort Beggendorf. Jedoch habe man hier für das kommende Schuljahr 2015/2016 mit den derzeit vorliegenden Anmeldezahlen die notwendige Schülerzahl von 46 Schülerinnen und Schülern erreicht. Er dankte insbesondere der Schulleiterin Frau Klein und ihrem gesamten Team für die geleistete Arbeit. Darüber hinaus dankte er auch der Elternschaft für die ganzjährig geleistete Arbeit in Form von Veranstaltungen und Festen an der Kath. Grundschule in Beggendorf. Weiterhin habe die Verwaltung dem Bedarf umgehend Rechnung getragen, eine Betreuung einzurichten.

Mit den derzeitigen Schülerzahlen könne man die schwächeren Jahrgänge überbrücken, bis das in ca. drei Jahren voraussichtlich wieder eine Gesamtschülerzahl von über 50 Schülerinnen und Schülern erreicht werden könne. Dr. Linkens erläuterte, dass zwei Baugebiete in Beggendorf ausgewiesen seien, die dazu beitragen können, den Schulstandort Beggendorf weiterhin zu erhalten.

Abschließend bat er um Verständnis, dass der Schulentwicklungsplan noch nicht vorliege, da man einen entsprechenden Entwurf ohne Klärung der Kernfrage zu TOP 2 nicht diskutieren könne.

Ausschussglied Schmitz dankte der Verwaltung für das Engagement und die Bemühungen zum Erhalt des Grundschulstandortes Beggendorf. Es müsse ein Anliegen aller Beteiligten sein, die Grundschulen in den Ortsteilen erhalten zu wollen.

Die SPD-Fraktion nehme, so Ausschussmitglied Dr. Strank, den Bericht über den Schulentwicklungsplan ebenfalls zur Kenntnis. Auch die SPD-Fraktion sei sehr erfreut darüber, dass der Grundschulstandort Beggendorf nach den neusten Zahlen erhalten bleiben könne. Auch er dankte Frau Klein für die geleistete Arbeit, mit der sie dazu beigetragen habe, dass die Grundschule Beggendorf wieder attraktiver für die Eltern der Grundschulkinder geworden sei.

Allerdings sei seine Fraktion sehr gespannt auf die Anmeldezahlen an den weiterführenden Schulen für das kommende Schuljahr 2015/2016, die im Frühjahr des Jahres 2015 vorliegen würden.

Ausschussmitglied Seelig teilte für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen mit, dass auch diese wohlwollend zur Kenntnis nehme, dass der Grundschulstandort Beggendorf erhalten bleiben könne. Er dankte allen Beteiligten für Ihr Engagement.

Beschluss:

Der Schulausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

4. Bestellung von Vertretern des Schulträgers Stadt Baesweiler für die Schulkonferenzen der Schulen im Stadtgebiet

Mit Bezug auf die Verwaltungsvorlage führte Dr. Linkens in die Problematik ein und stellte die rechtliche Situation dar. Er erläuterte, dass der Beschlussvorschlag als Empfehlung an den Stadtrat formuliert sei. Da jedoch zeitnah und bereits vor einer weiteren Stadtratssitzung eine Schulkonferenz stattfinden werde, würde die Empfehlung an den Stadtrat auf dem Wege eines Dringlichkeitsbeschlusses formuliert.

Beschluss:

- 1a. Der Schulausschuss empfahl dem Stadtrat einstimmig, Herrn Bürgermeister Dr. Linkens als stimmberechtigtes Mitglied für die Schulkonferenzen im Fall der Wahl einer Schulleiterin/eines Schulleiters zu bestellen.
- b. Der Schulausschuss empfahl dem Stadtrat einstimmig, Herrn I. Techn. Beigeordneten Strauch als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied für die Schulkonferenzen im Fall der Wahl einer Schulleiterin/eines Schulleiters zu bestellen.

- 2a. Der Schulausschuss empfahl dem Stadtrat einstimmig, Herrn Matthias Puhl als beratendes Mitglied für die Schulkonferenzen im Fall der Wahl einer Schulleiterin/eines Schulleiters zu bestellen; als Stellvertreterin/Stellvertreter dieses Mitglieds wurde Herr Andreas Schmitz einstimmig vorgeschlagen.
- b. Der Schulausschuss empfahl dem Stadtrat einstimmig, Herrn Dr. Karl-Josef Strank als beratendes Mitglied für die Schulkonferenzen im Fall der Wahl einer Schulleiterin/eines Schulleiters zu bestellen; als Stellvertreterin/Stellvertreter dieses Mitglieds wurde Frau Reyhan Akkas einstimmig vorgeschlagen.
- c. Der Schulausschuss empfahl dem Stadtrat einstimmig, Herrn Harold Seelig als beratendes Mitglied für die Schulkonferenzen im Fall der Wahl einer Schulleiterin/eines Schulleiters zu bestellen; als Stellvertreterin/Stellvertreter dieses Mitglieds wurde Herr Rolf Beckers einstimmig vorgeschlagen.

5. Mitteilung der Verwaltung

Es lagen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

6. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anfragen von Ausschussmitgliedern wurden nicht gestellt.

B) Nichtöffentliche Sitzung

7. Besetzung der Stelle der Schulleiterin/des Schulleiters der GGS St. Barbara

Frau Meisel dankte für die Einladung und stellte dar, dass sie derzeit als stellvertretende Schulleiterin an der Grundschule Kämpchen, Herzogenrath, tätig sei. Sodann stellte sie ihren beruflichen Werdegang dar. Sie erläuterte, dass sie Schulleiterin werden möchte, da sie sich schon immer an Schulleiterfragen beteiligt habe und auch an Schulentwicklung mitwirken möchte. Sie stelle sich Schulleitung in der Weise vor, dass es qualitativ guten Unterricht gebe und dass sich Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern an und mit der Schule wohlfühlen würden. Selbstverständlich sei sie offen für neue und innovative Dinge, dennoch sei sie bestrebt, in der Schule ihre eigenen charakteristischen Spuren zu hinterlassen.

Dr. Linkens erläuterte, dass im Vorfeld der Sitzung bereits Gespräche mit Frau Meisel geführt wurden. Innerhalb dieser Gespräche sei auch thematisiert worden, dass es in Setterich zwei Grundschulen gebe. Es sei wünschenswert, dass zwischen diesen beiden Schulen Kooperationen entstehen. Er richtete die Frage an Frau Meisel, ob sie bereits in dieser Hinsicht erste Überlegungen angestellt habe und inwieweit sie sich auf Grund der örtlichen Verhältnisse in Setterich bereits Gedanken über Integrationsmaßnahmen in der Schule gemacht habe.

Frau Meisel erwiderte, dass sie sich insbesondere im Bereich der OGS oder beispielsweise auch im Sportunterricht eine Kooperation mit der GGS St. Andreas vorstellen könne. Auch die Zusammenarbeit mit den ortsansässigen Kindertagesstätten und selbstverständlich auch mit den weiterführenden Schulen seien wichtige Punkte, die Kooperationen möglich machen würden.

Mit Bezug auf die Frage der Integration erläuterte sie, dass ihr bekannt sei, dass an der Barbaraschule viele Kinder mit verschiedenen Nationalitäten vorhanden seien. Aber gerade diese Vielfältigkeit würde viele Möglichkeiten bieten. Insbesondere die Einbringung vieler verschiedener Kulturen biete große Möglichkeiten, beispielsweise bei Schulfesten oder unter Umständen auch bei der Einbindung in den Unterricht.

Ausschussmitglied Mohr dankte für die CDU-Fraktion Frau Meisel für die Bewerbung sowie für die Vorstellung im Ausschuss. Er wünschte ihr einen guten Start und alles Gute.

Ausschussmitglied Dr. Strank fragte Frau Meisel, welche Fächer sie studiert habe.

Frau Meisel erläuterte, dass ihr Studiengang etwas anders verlaufen sei, da sie im Osten Deutschlands studiert habe. Auf Grund einer anderweitig geltenden Ausbildungsordnung habe sie außer den Fächern Religion und Englisch alle Fächer studiert.

Herrn Dr. Strank dankte für die Informationen und wünschte alles Gute und einen guten Start für Frau Meisel.

8. **Mitteilung der Verwaltung**

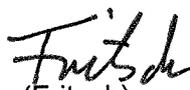
Es lagen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

9. **Anfragen von Ausschussmitgliedern**

Anfragen von Ausschussmitgliedern wurden nicht gestellt.

Der Ausschussvorsitzende schloss die Sitzung und wünschte den Ausschussmitgliedern einen guten Heimweg.

Der Ausschussvorsitzende


(Fritsch)

Der Schriftführer:


(Engels)